

Senatsbeschlüsse

der 166. Sitzung des Senats

am 03.07.2018, 11:15 Uhr

- 4090.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan 132
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan)
für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil
Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße, nordwestlich des Schuppen 3
(Vorlage 2202/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft einschließlich Anlage zum Bericht an und beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 132 (Vorhaben und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße, nordwestlich des Schuppen 3 (Bearbeitungsstand: 03.05.2018) entsprechend der Vorlage 2202/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4091.) Bremer Mittelstandsbericht 2017
(Vorlage 2203/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2203/19 den vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beauftragten Bericht über die Situation der Mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2017 zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4092.) Umstrukturierung des Landeseigenbetriebes Performa Nord
(Vorlage 2204/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt die Vorlage 2204/19 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen um einen Bericht bis zum 30.06.2019.

4093.) "Neues Leben in verwaisten Gebäuden – wie kommt Bremen bei den
Umnutzungsplänen voran?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2205/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2205/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 2 wird vor „25%“ das Wort „mindestens“ eingefügt.
 - In der Antwort auf Frage 4 wird der letzte Satz wie folgt ersetzt:

„Die Bürgerschaft hat am 19. Juni 2018 mit dem Bebauungsplan 2499 für das Grundstück ein Gewerbegebiet festgesetzt.“
 - In der Antwort auf Frage 5 werden nach dem Wort „Objekte“ die Wörter „in Bundeseigentum“ ergänzt.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4094.) Auflösung der Nolting-Hauff-Stiftung
(Vorlage 2206/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 29.06.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt gemäß § 8 Abs. 1 Satz 3 BremStiftG einer Auflösung der Nolting-Hauff-Stiftung zu. Der Senat beschließt, dass das im Falle einer Auflösung an die Freie Hansestadt Bremen (Land) fallende Vermögenger der Nolting-Hauff-Stiftung vorbehaltlich einer Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Stiftung der Universität Bremen zugeführt wird, da dort der von der Nolting-Hauff-Stiftung verfolgte Stiftungszweck weiterhin verfolgt werden kann.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses dazu einzuholen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass die Gender-Prüfung die folgende Fassung erhält:

„Die Auflösung der Nolting-Hauf-Stiftung sowie die Zuführung des Stiftungskapitals zur Stiftung der Universität Bremen betrifft Frauen und Männer gleichermaßen. Die Vorlage hat somit keine geschlechterspezifischen Wirkungen.“

4095.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften
(Vorlage 2207/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 10. Juli 2018 aus.

- 4096.) Flächennutzungsplan Bremen
6. Änderung
Bremen-Osterholz (Ellener Hof)
(Vorlage 2208/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Plan zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen, Bremen-Osterholz (Ellener Hof) (Bearbeitungsstand: 07.05.2018) entsprechend der Vorlage 2208/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4097.) Flächennutzungsplan Bremen, 7. Änderung
Oberneuland (Mühlenfeldstraße)
(Vorlage 2209/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Plan zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen – Bremen-Oberneuland (Mühlenfeldstraße) -(Bearbeitungsstand: 23.10.2017) entsprechend der Vorlage 2209/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4098.) Bebauungsplan 2370
für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße,
Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg
(Vorlage 2210/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft einschließlich Anlage zum Bericht an und beschließt, den Bebauungsplan 2370 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße

und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 29.05.2018)
entsprechend der Vorlage 2210/19 der Stadtbürgerschaft zur
Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4099.) Bebauungsplan 2459
 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz
 zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker
 und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof
 (Vorlage 2211/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau,
Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft einschließlich Anlage
zum Bericht an und beschließt, den Bebauungsplan 2459 entsprechend der
Vorlage 2211/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4100.) "Der beste Freund des Massenmörders"
 (Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
 (Vorlage 2212/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2212/19 der schriftlichen
Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe
folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 8 wird der letzte Satz wie folgt neu gefasst:

„Der Senator für Inneres wird prüfen, ob auf der Ebene des Landes oder
der Stadtgemeinde Anreizprogramme zur freiwilligen Waffenabgabe
eingeführt werden können und wie diese ggf. auszugestalten werden.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
zuzuleiten.

4101.) "Umstellung von L- auf H-Gas in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2213/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2213/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 erhält der zweite Satz die folgende Fassung:

„Die Arbeiten haben im Bremer Südosten begonnen (Mahndorf, Arbergen, Osterholz) und ziehen sich aktuell über Mitte und den Bremer Westen.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4102.) "Realisierungs- oder Verwerfungsperspektive für die Idee „Boarding School für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2214/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 10. Juli 2018 aus.

4103.) Neu- und Änderungsanträge zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice (Vorlage 2215/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2215/19 die in den Anlagen dargestellten neuen Maßnahmen und die Änderungen bereits beschlossener Maßnahmen mit der Maßgabe, dass im Jahr 2018 und 2019 alle Ressorts Einsparmöglichkeiten bei den beschlossenen Projekten ergreifen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen unter Beteiligung der Ressorts um die haushaltmäßige Umsetzung für das Jahr 2018 (einschl. ggf. notwendiger Verpflichtungsermächtigungen). Diese Anträge sind über die Senatorin für Finanzen den Haushalts- und Finanzausschüssen zur August-Sitzung zuzuleiten.
3. Der Senat beschließt, dass vorgezogene Stellenausschreibungen für die geplanten Maßnahmen nur unter dem Vorbehalt der Stellen- bzw. Mittelfreigabe erfolgen können.
4. Der Senat bittet die Ressorts für finanzielle Auswirkungen über das Jahr 2019 hinaus dezentral Vorsorge zu treffen. Gegebenenfalls sind im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für die Haushalte 2020/2021 entsprechende Mehrbedarfe durch die Ressorts einzuwerben.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, diese Vorlage an die Haushalts- und Finanzausschüsse mit der Bitte um Zustimmung weiterzuleiten.

6. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ folgende Gender-Prüfung angefügt wird:

„Die Vorlage hat keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen.“

- 4104.) 5. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bremischen Verwaltung
(Vorlage 2216/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2216/19 den „5. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bremischen Verwaltung“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.
2. Der Senat bittet die Ressorts, die in der Anlage zum 5. Fortschrittsbericht beschriebenen Schwerpunktprojekte entsprechend ihrer Zielsetzung umzusetzen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und die Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, dem Senat nach Ablauf von vier Jahren den „6. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming“ vorzulegen und darin insbesondere über die Schwerpunktprojekte zu berichten.

- 4105.) "Sind die Haftanstalten in der JVA Bremen an der Kapazitätsgrenze?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2217/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und
Verfassung vom 25.06.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Justiz und
Verfassung vom 25. Juni 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine
Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
zuzuleiten.

- 4106.) "Antisemitismus an Schulen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2218/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 10. Juli 2018 aus.

- 4107.) Tagesordnung der 969. Sitzung des Bundesrates am 06.07.2018
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende
Beschlüsse:

-
- 001 Gesetz zur Verlängerung befristeter Regelungen im
Arbeitsförderungsrecht und zur Umsetzung der
Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien
Zugang zu den Websites und mobilen
Anwendungen öffentlicher Stellen
- Beschluss: **Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses
zu Drs. 265/18**
-

002	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze Beschluss: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 266/18
003	Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten Beschluss: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 267/18
004	Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage Beschluss: Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 268/18 und zu zu Drs. 268/18
005	Gesetz zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 216/2013 des Rates über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union Beschluss: Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 256/18
006	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1) Hamburg (B), Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U), Rheinland-Pfalz (U), Thüringen (U) Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfes = Zustimmung zu Drs. 225/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung Ziffer 2 (Nichteinbringung)
007	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes bei Rauschtaten Sachsen (U) Beschluss: keine Einbringung des Gesetzentwurfes = Ablehnung der Drs. 204/1/18
008	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Mehrehe Bayern (U) Beschluss: Ablehnung der Einbringung des Gesetzentwurfs in sofortiger Sachentscheidung = 1. Ablehnung der sofortigen Sachentscheidung 2. Ablehnung der Drs. 249/1/18

009	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des sozialen Mietrechts Berlin (U) (Drs. 300/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
010	Entschließung des Bundesrates zur steuerlichen Förderung der betrieblichen Ausbildung Bayern (U) (Drs. 277/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
011	Entschließung des Bundesrates zum Bürokratieabbau im Steuerrecht Bayern (U) (Drs. 278/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
012	Entschließung des Bundesrates - Nachrüstung von Diesel-Kfz mit wirksamen Stickoxidkatalysatoren Berlin (U), Brandenburg (B)
Beschluss:	Entscheidung über Fassen einer Entschließung = Ohne Beschluss
013	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c, 143e)
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 165/1/18 mit folgender Maßgabe: Freie Hand zu Ziffer 2 und 3 (Tendenz Enthaltung) Enthaltung zu den Ziffern 7, 9, 10, 11 und 12
014	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts - Einführung einer Brückenteilzeit
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 281/1/18
015	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes und des Bundesjagdgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zur Drs. 257/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung Ziffer 4
016	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zensusvorbereitungsgesetzes 2021
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 206/1/18

017	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie über einen verbesserten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken zugunsten von Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 258/1/18
<hr/>	
018	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 207/1/18
<hr/>	
019	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Akkreditierungsstellengesetzes und der Gewerbeordnung
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 208/18
<hr/>	
020	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 209/1/18
<hr/>	
021	a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein moderner Haushalt für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt - Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027 b) Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 c) Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union d) Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsmaßnahmen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten
Beschluss:	Freie Hand zu einem evtl. Plenarantrag Freie Hand zu den Ausschussempfehlungen Tendenz Stellungnahme ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 166/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1, 34, 41, 43, 47, 57, 78, 144, 153, 158, 173 und 177 sowie Ablehnung der Ziffern 22, 30, 39, 42, 175, 187 und 209
<hr/>	

022 a	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Vertriebs von Investmentfonds und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 345/2013 und (EU) Nr. 346/2013
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 73/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 3, 4, 6 und 7

022 b	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne drei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 72/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 5, 7 und 8

023	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 170/1/18

024 a	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993, der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne mehrere Ziffern = Zustimmung zu Drs. 153/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 2, 14, 16 bis 18, 28 bis 32, 34, 36, 37 und 39 sowie Enthaltung zu den Ziffern 3, 8, 12, 33, 35 und 38

024 b	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 155/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1, 2, 6, 7, 9 bis 14, 17 bis 21 und 23
<hr/>	
025	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (Neufassung)
Beschluss:	Enthaltung zur Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag mit dem Ziel der Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 192/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1 bis 12
<hr/>	
026	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden
Beschluss:	Ablehnung bzw. Enthaltung zur Stellungnahme mit dem Ziel der Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 173/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 1, 4 bis 8, 10 bis 17, 23 und Enthaltung zu den Ziffern 2, 3, 9, 18 bis 22
<hr/>	
027	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Europäische Heraus-gabebeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 215/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 9, 10, 12 und 13 - 17
<hr/>	

028	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltsdokumente, die Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen in Ausübung ihres Rechts auf Freizügigkeit ausgestellt werden
Beschluss:	Enthaltung zur Subsidiaritätsrüge und Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 182/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Teil A (Ziffer 1 bis 3) Zustimmung zu Teil B (Ziffer 4 bis 7)
<hr/>	
029	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung von Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 191/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 14
<hr/>	
030	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Beteiligung, Begegnung und Befähigung - eine neue EU-Strategie für junge Menschen
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 195/1/18
<hr/>	
031	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine neue europäische Agenda für Kultur
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 193/1/18
<hr/>	

032	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen und Abschlüssen der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland
Beschluss:	Stellungnahme zum Empfehlungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 210/1/18
<hr/>	
033	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten
Beschluss:	Stellungnahme zum Empfehlungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 219/1/18
<hr/>	
034 a	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Auf dem Weg zur automatisierten Mobilität - eine EU-Strategie für die Mobilität der Zukunft
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 185/1/18
<hr/>	
034 b	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/... und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 186/1/18
<hr/>	
035	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes
Beschluss:	Enthaltung zur Subsidiaritätsrüge = Enthaltung zu Drs. 252/1/18
<hr/>	

036	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 224/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 8, 9, 12, 13, 15 und 16
<hr/>	
037	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1222/2009
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 250/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 3
<hr/>	
038	Achtzehnte Verordnung zur Änderung saatzgutrechtlicher Verordnungen
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 177/1/18
<hr/>	
039	Erste Verordnung zur Änderung der Futtermittelverordnung und der BVL-Aufgabenübertragungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 178/18
<hr/>	
040	Achte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe ohne eine Ziffer, hilfsweise unverändert = Zustimmung zu Drs. 199/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 3
<hr/>	
041	Verordnung zum Erlass der Verordnung über nationale Verpflichtungen zur Reduktion der Emissionen bestimmter Luftschadstoffe
Beschluss:	Zustimmung zur unveränderten Verordnung und Fassen einer EntschlieÙung ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 216/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1, 3, 5, 7, 9, 10, 11, 12, 13 und 15
<hr/>	

042	Dreizehnte Verordnung zum Erlass und zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 200/18
<hr/>	
043	Sechste Verordnung zu dem Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 201/18
<hr/>	
044	Verordnung über die Umsetzung der Auskunftspflicht und die Ausgestaltung der Informationen nach dem Transparenzgesetz
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 202/1/18
<hr/>	
045	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 203/18
<hr/>	
046	Wahl eines Stellvertreters für den gemeinsamen Vertreter im Europäischen Datenschutzausschuss gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 Bundesdatenschutzgesetz (2017)
Beschluss:	Freie Hand zur Wahl gemäß Vorschlag (Herrn Prof. Dr. Thomas Petri/BY) = Freie Hand zu Drs. 198/1/18
<hr/>	
047	Benennung eines Mitgliedes für den Beirat Deutschland-stipendium beim Bundesministerium für Bildung und Forschung
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (Herr Marcin Leszke/NI) = Zustimmung zu Drs. 275/18
<hr/>	
048	Vorschlag der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz für die Ernennung von Bundesanwälten beim Bundesgerichtshof
Beschluss:	Zustimmung zum Ernennungsvorschlag (Oberstaatsanwältin beim BGH Anke Hadamitzky sowie Oberstaatsanwälte beim BGH Markus Dienst und Lienhard Weiß zu Bundesanwälten beim BGH) = Zustimmung zu Drs. 288/18 (neu)
<hr/>	

049	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 253/18
050	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
Beschluss:	keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 311/18
051	Gesetz zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze
Beschluss:	keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 312/18
052	Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 313/1/18
053	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes zur Verfahrensbeschleunigung durch die erweiterte Möglichkeit der Zulassung von Rechtsmitteln Hamburg (U), Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U)
Senatsbeschluss vom 27.04.2018:	Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 51/1/18
neu:	Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten in sofortiger Sachentscheidung = 1. Freie Hand zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 51/1/18
054	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Waffen-gesetzes Hessen (U)
Senatsbeschluss vom 20.03.2018:	Zustimmung zur Einbringung nach Maßgabe und Bestellung eines Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 58/1/18
neu:	Einbringung des Gesetzentwurfes nach Maßgabe und Bestellung eines/r Beauftragten in sofortiger Sachentscheidung = 1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 58/1/18

055	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung zivilrechtlicher Vorschriften an die Datenschutz-Grundverordnung Bayern (U) (Drs. 304/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
056	Entschließung des Bundesrates: „ELFE – Einfach Leistungen für Eltern“ Bremen (U), Hamburg (U), Schleswig-Holstein (U), Thüringen (U) (Drs. 307/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
057	Entschließung des Bundesrates: „Erhöhung der Frei-grenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 EUR auf 45.000 EUR“ Baden-Württemberg (U), Bayern (U), Bremen (U), Hamburg (U), Mecklenburg-Vorpommern (U), Niedersachsen (U), Rheinland-Pfalz (U), Sachsen (U), Sachsen-Anhalt (U), Schleswig-Holstein (U) (Drs. 308/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
058	Entschließung des Bundesrates "Steuerliche Vereinfachungen und Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft" Nordrhein-Westfalen (U) (Drs. 309/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
059	Entschließung des Bundesrates "Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland - Schritte zu einer modernen wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung" Nordrhein-Westfalen (U) (Drs. 310/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
060	Entschließung des Bundesrates - Herausforderungen in der Pflege angehen und Kosten gerecht verteilen Brandenburg (U), Thüringen (U) (Drs. 315/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
061	Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Berlin (U), Brandenburg (U), Thüringen (U) (Drs. 316/18)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

062 Entschließung des Bundesrates zur Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt bei der Entsorgung verpackter Lebensmittel
Schleswig-Holstein (U), Baden-Württemberg (U)
(Drs. 303/18)

Beschluss: Entscheidung über sofortige Sachentscheidung und Fassen einer Entschließung
= 1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung
2. Zustimmung zu Drs. 303/18

063 Entschließung des Bundesrates Freien und fairen Außen-handel für Stahl sicherstellen
Saarland (U), Bremen (U), Niedersachsen (U), Nordrhein-Westfalen (U)
(Drs. 314/18)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

064 Wahl von Mitgliedern des Nationalen Begleitgremiums gemäß § 8 Absatz 3 des Standortauswahlgesetzes
Saarland (U)

Beschluss: Freie Hand für evtl. Absetzung, ansonsten hilfswise Wahl gemäß Vorschlag
= Freie Hand für evtl. Absetzung, hilfswise Zustimmung zu Drs. 306/18

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass Frau Bürgermeisterin Linnert und Frau Staatsrätin Hiller an der 969. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

4108.) "Wie weiter im deutschen Glücksspiel"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2219/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2219/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4109.) "Wie ist der Umsetzungsstand von beA in Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2220/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2220/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 erhält der letzte Satz des ersten Absatzes die folgende Fassung:

„Die Entscheidung hat die Präsidentenkonferenz der Rechtsanwaltskammern am 27.06.2018 getroffen.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4110.) "Ist die Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten für den Logistik- und Industriestandort Bremen ausreichend aufgestellt?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2221/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2221/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Überschrift und im 1. Beschlussvorschlag wird jeweils „CDU“ durch „SPD“ ersetzt.
 - In der Antwort auf Frage 4 wird nach dem ersten Satz des dritten Absatzes folgender Text eingefügt:

„So wurde auf Bremer Initiative hin eine Beschlussfassung in der CdS-Konferenz am 17.05.2018 zum Thema „Elektrifizierung des Schienennetzes“ explizit um die Berücksichtigung privater Netzwerke ergänzt.“

- Im darauffolgenden Satz wird das Wort „hier“ durch „weiterhin“ ersetzt.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4111.) Temporäre Personalverstärkung zum Abbau der Altverfahren - Ergebnisse der Untersuchung des externen Beraters über die Situation der Strafkammern des Landgerichts
(Vorlage 2222/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2222/19 den Bericht über die Situation der Strafkammern des Landgerichts mit den Handlungsempfehlungen und die diesbezüglichen Ausführungen des Präsidenten des Landgerichts a.D. Antonius Fahnenmann zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der temporären personellen Aufstockung zum Abbau der Altverfahren beim Landgericht um sechs Richterstellen, 2 Stellen für Staatsanwälte und sieben Stellen Folgepersonal, insgesamt mithin 15 Stellen, zu und bittet den Senator für Justiz und Verfassung die erforderlichen Stellenbesetzungen zeitnah vorzunehmen.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der personellen Aufstockung erforderlichen Mittel in den Jahren 2018/2019 durch das Ressortbudget des Produktplanes Justiz und Verfassung finanziert werden sollen. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung des laufenden Jahres im Vollzug 2018/2019 nicht möglich ist, wird im

Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich, insbesondere durch Inanspruchnahme freier Personalmittel der Ressorts, vorgelegt.

4. Über die Finanzierung der Personalstellen im Jahr 2020 ist im Haushaltsaufstellungsverfahren zu entscheiden.
5. Der Senat bittet den Senator für Justiz und Verfassung und die Senatorin für Finanzen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Bewilligungen für die zusätzlich benötigten Flexibilisierungsstellen einzuholen.
6. Der Senat bittet den Senator für Justiz und Verfassung bis zum 31.03.2019 bzw. bis spätestens 6 Monate nach Besetzung der Richterstellen über die eingeleiteten Maßnahmen und deren Effekte zu berichten.
7. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ im vorletzten Satz die Wörter „die Position der Geschäftsleitung zwischenzeitlich neu besetzt und“ gestrichen werden.

4112.) "Versandung des Vegesacker Hafens – Was kann dagegen getan werden?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2223/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2223/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4113.) Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr im Gebiet der Überseestadt
Auswahl des ÖPP-Modells, Grundstücksauswahl, Finanzierung und weiteres Verfahren
(Vorlage 2224/19)
-

Beschluss:

- 1 Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2224/19 der Umsetzung des Projektes „Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr“ in einer öffentlichen-privaten Partnerschaft (ÖPP) – Inhabermodell – auf dem stadteigenen Grundstück zwischen Cuxhavener Straße und Überseetor zu.
- 2 Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das Grundstück vom Sondervermögen Überseestadt an das Sondervermögen Immobilien und Technik auf Basis einer Wertempfehlung durch Geoinformation zu übertragen.
- 3 Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Finanzen die Ausschreibung einschließlich einer 4-jährigen Finanzierungsvereinbarung zu veröffentlichen und den Neubau wie dargestellt umzusetzen. Der Senat ist nach Vorlage der Angebote erneut zu befassen und in diesem Zusammenhang sind die finanziellen Auswirkungen abschließend zu konkretisieren.
- 4 Der Senat stimmt dem vorgeschlagenen Finanzierungskonzept in dem derzeitig geschätzten Umfang i.H.v. maximal 26,6 Mio. Euro zu.
- 5 Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und die Senatorin für Kinder und Bildung die Mittel i.H.v. maximal 6,65 Mio. Euro für das Jahr 2021 im Rahmen der beschlossenen Maßnahmenbezogenen Investitionsplanung der Produktpläne 97 und 21 darzustellen.

- 6 Der Senat stimmt der Vorabdotierung der für die Maßnahme erwarteten Finanzierungskosten für das SVIT und die Senatorin für Kinder und Bildung für die Jahre 2022-2024 in einer Gesamthöhe von maximal 19,95 Mio. Euro zu.

- 7 Der Senat bittet, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.